

Kreistagsfraktion

Fraktionsvorsitzender

Guido Gutsche

Homanns Kämpfe 17 b

59320 Ennigerloh

Tel.: 02524-4870

Fax: 02524-951434

mobil: 0170-3114670

e-Mail: ggutsche@aol.com

www.cdu-kreistagsfraktion-waf.de

16.12.2016

Haushaltsrede 2017

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Dr, Gericke, sehr geehrte Kreistagsmitglieder, verehrte Damen und Herren,

Punktlandung!

Landrat, Kreisverwaltung und Kreistag haben geliefert.

Wunsch der Bürgermeister war es, die Kreisumlage nicht anzuheben und die Gemeinden nicht über den Mitnahmeeffekt hinaus zu belasten. Dieses haben Sie nun bekommen und noch mehr.

Statt 38,9% Kreisumlage wie im letzten Jahr jetzt **38,8%**.

Statt 17,7 % Jugendamtsumlage jetzt **17,5%**.

Das bedeutet, dass der Kreis vom Mitnahmeeffekt i.H.v. 5,2 Mio € auf 400.000 € zugunsten der Städte und Gemeinden verzichtet. Und die effektiv mehr einbehaltenen 4,8 Mio € entsprechen genau der Erhöhung der Landschaftsverbandsumlage.

Dabei ist die Prognose im Eckdatenpapier mit 39,9% KU gestartet, verringerte sich zum 30.09. auf 39,5%, und betrug zur Haushaltseinbringung Ende Oktober noch 39,2 %.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Landrat, wohltuend, weil relativ unaufgeregt, haben wir – die CDU-Fraktion – die diesjährigen, sich ja mittlerweile über Monate hinziehenden **Haushaltsberatungen** empfunden. Und **sehr sachlich**...ganz anders als im letzten Jahr.

Es war verständlich, dass die Bürgermeisterin und die Bürgermeister für Ihre Kommunen einen geringeren als den ursprünglich prognostizierten Satz von 39,9% einforderten.

Und wir haben über all die langen Wochen beobachten können, wie durch vielerlei Effekte die von uns allen erhoffte Zielmarke heute verabschiedet werden kann.

Ich glaube, daraus kann man folgende Erkenntnis ziehen:

Eine so frühe Haushaltseckdateneinbringung bringt nichts...nur um mehrere Benehmenschritte und Abstimmungen vollziehen zu können. Es ist Stochern im Nebel, weil zu viele Parameter sich ganz einfach erst Ende des Jahres konkretisieren. Und es lohnt nicht, sich wegen Mutmaßungen die Köpfe (natürlich nur verbal...;-) einzuhaufen.

Lange Fristen - vielleicht vom Gesetzgeber gut gemeint, aber nicht gut umgesetzt.

Genau, wie die Einführung der doppelten Buchführung und dann noch der Konzernbilanz. Viel Arbeit und Kosten für die kommunale Familie und was hats gebracht?
Nur Probleme, wo eine erweiterte Kameralistik mit Aufdeckung der Personalfolgekosten vollkommen gereicht hätte.
Auch hier gut gemeint, aber ebensowenig gelungen!

Die – nennen wirs – Irritationen im Rahmen der HH-Diskussion aus dem kreisangehörigen Raum traten heuer überhaupt nicht auf. **Sowohl den Bürgermeistern als auch den Politikern in den Räten war von Beginn an klar, wer die Verursacher der kommunalen Finanzierungsproblematik sind.....die Gesetzgeber.** Das konnte man vielen Presseäußerungen der letzten Monate entnehmen.

Denn Seite 20 des Vorberichts zum HH-Entwurf stellt klar:
Jede Kommune im Kreis Warendorf erhält mehr Leistungen vom Kreis Warendorf und vom LWL als er an Kreisumlage zahlt...jede! Zwei große sogar 63 bzw. 84% mehr!

Und auch die Anfrage der Kollegen der FWG-Fraktion hat erbracht:
Die um das Jobcenter – denn das ist bei den anderen Münsterlandkreisen bei den Kommunen veranschlagt – und den Rettungsdienst **bereinigte Personalquote** weist für den **Kreis Warendorf einen Spitzenplatz** aus!

Die ausführliche Personalbegleitvorlage begründet jeden einzelnen Platz, und die doch deutlichen Stellenausweisungen hängen in erster Linie mit der Flüchtlingsproblematik zusammen und treffen jede Kommune.

Und dass unser Landrat und die Kreisverwaltung die von Bürgermeistern und Kreistagsfraktionen im letzten Jahr angemahnte **Aufgabenkritik ernst nehmen**, kann jeder im Vorbericht ab Seite 73 nachlesen.

Für diesen offensiven Umgang mit den definierten Aufgabenfeldern möchte ich Ihnen, verehrter Herr Dr. Gericke, unseren ebenso offenen Dank aussprechen!

Und hätte der Kreis Warendorf nicht so viele engagierte und fleißige Menschen auf allen Ebenen und in allen Branchen, würde es hier nicht so gut aussehen!

Denn das Land NRW nimmt unsere Sorgen im ländlichen Raum zum wiederholten Mal nicht so ernst, wie dies unser Landrat, unsere Bürgermeister und unsere arbeitsamen Mitbürgerinnen und Mitbürger tun!

Die den ländlichen Raum entlastenden Vorschläge des FiFo-gutachtens wurden auch für 2017 nicht umgesetzt und das belastende Parameterpaket inklusive der weiteren Erhöhung des Soziallastenansatzes im Rahmen des Gemeindefinanzierungsgesetzes beibehalten.

Dies kostet den Kreis und seine Kommunen trotz eines um **264 Millionen €** gestiegenen Gesamtverteilungsvolumens des Gemeindefinanzierungsgesetzes in **2017 erneute 2,5 Millionen.**

Und trotz der seit Jahren immer ungerechter zugeschnittenen Mittelverteilung zwischen großstädtischem und kreisangehörigem Raum hat die **Landesregierung die Städte und Gemeinden in unserem ländlichen kreisangehörigen Raum 2015/16 überproportional finanziell mit der Zuweisung von Flüchtlingen belastet.**
Mit Kosten, die einige Gemeinden an die Grenze der Haushaltssicherung getrieben haben!

Denn anders als ein Teil anderer Bundesländer entlastet NRW seine Kommunen nur teilweise für diese gesamtstaatliche Aufgabe, Ennigerloh zum Beispiel blieb 2016 auf 52 % seiner Millionenaufwendungen hängen.

Ich behaupte, es handelte sich um eine perfide **Strategie der rot-grünen Landesregierung**, die vornehmlich rot regierten Großstädte und Regionen von diesem ab Mitte 2015 auftretenden Finanztsunami zu entlasten und dem ländlichen Raum die finanzielle Hauptlast aufzubürden in einer Zeit, in der die Kommunen eben nur rund 50% ihrer Kosten vom Land wiederbekommen!

Denn erst für 2017 hat die Landesregierung vor einem Jahr eine vollständige Übernahme der Asylkosten angekündigt.

Und wie sich jetzt herausstellt, wird auch dieses wohl nicht der Fall sein.

So wurden und werden unsere 13 Städte und Gemeinden hier im Kreis Warendorf doppelt gebeutelt.

Wir können nur hoffen, dass der gleichhohe Ertragsansatz des Kreiskämmerers zum **geänderten Unterhaltsvorschussgesetz** auch verwirklicht werden kann und das Land NRW seinen Verteilungsschlüssel anpasst, so dass wir nicht auf den jährlich rund 1,7 Mio € hängenbleiben. **Das wären 0,5%-Punkte mehr Kreisumlage.**

Ein Unding, was Bund und Ministerpräsidenten hier beschlossen haben. Zeitlich und finanzpolitisch!

Bereits ab dem 01. Januar 2017 sollten die belastenden Neuregelungen gelten. Gott sei Dank konnten die kommunalen Spitzenverbände das Inkrafttreten auf den 01. Juli 2017 hinauszögern.

Und **was hier als soziale Wohltat verkündet wird, kommt bei über 80 % der Hilfeempfänger – meinst Müttern – gar nicht an**, ..denn die Mehrleistungen werden bei ihrem Hartz IV-Bezug voll angerechnet!

Von den insgesamt 750 Mio € Mehrsteuerbelastungen führt durch die Anrechnung von 690 Mio € auf die Bundesleistungen fast die volle Summe zu Mehrbelastungen der Länder und Kommunen!

Ein tolles Gesetz!

Worum geht es überhaupt?

Der Staat - hier der Kreis - tritt in Unterhaltsvorleistung für meist Väter, die ihrer Unterhaltungspflicht nicht nachkommen, Leistungsunfähigkeit und Entzugs-Mißbrauch inklusive. Wir sollen uns das Geld dann von diesen irgendwann wiederholen.

Wie erfolgversprechend das ist und worauf wir sitzenbleiben und an unsere Bürgerinnen und Bürger über die Kreisumlage weitergeben müssen, wissen wir aufgrund der vielen Diskussionen der letzten Jahre über das Forderungsmanagement zur Genüge....

Denn genau aus diesem Grund zahlen wir ja den Unterhaltsvorschuss an die meist Mütter! Kaum was sehen wir je davon wieder!

Bislang endete der Leistungsbezug nach 6 Jahren oder spätestens zum 12. Lebensjahr. Bund und Ministerpräsidenten wollen, dass jetzt unbegrenzt bis zum 18 Lebensjahr gezahlt wird.

Dies bedeutet beim Kreis eine Verdreifachung der Aufwendungen. Von 700.000 auf 2,2 Mio €.

Man darf in diesem Zusammenhang aber auch die **Frage stellen, inwieweit die Gesellschaft**, also die Gemeinschaft aller Bürgerinnen und Bürger, **mittlerweile Ausfallbürge für jedwede private Lebensplanung oder Lebenslage eines einzelnen sein kann** und sein muss oder zumindest, in welchem Umfang dies vertretbar ist.

Nimmt der Staat in seiner Tendenz zur Allzuständigkeit dem Einzelnen immer mehr Eigenverantwortung für sein Tun ab, stärkt er auch die Tendenz zu gedankenloserem, zumindest aber leichtfertigerem Handeln.

Das Leben in einer freien und demokratischen Gesellschaft, in der jeder das Recht zur freien Gestaltung seines Lebens genießt, ist untrennbar auch mit der Verantwortung eines Jeden für sich selbst und seine persönlichen Lebensumstände verbunden. Ausnahmen ausgenommen...diese sollten dann auch die Solidarität der Gemeinschaft erfahren.

Der sehr gut und nachvollziehbar aufbereitete Haushaltsentwurf und die gewünschte Punktlandung im Endergebnis haben seitens der CDU-Fraktion nur zu wenigen Änderungen geführt.

So tragen wir nicht nur die Kostensteigerungen im Personalbudget des Vereins „**Frauen helfen Frauen**“ e.V. für 2017 und 2018 mit, sondern nach langer interner Befassung auch als Kompromiss die Aufstockung auf eine weitere halbe Stelle.

Die Beratungserfordernisse als Folge zunehmender sexualisierter Gewalt gegen Frauen in jeglicher Form sollen – auch als Ausfluss der Kölner Silvesterereignisse - damit neben der allgemeinen Frauenberatung besser aufgefangen werden.

Wenngleich hier auch die Frage gestellt werden darf, inwieweit ein Mehr an Gesprächsbedarf in diesem unbestreitbar notwendigen Beratungsfeld nicht auch bis zu einem gewissen Umfang zulasten der allgemeinen Beratung als Äquivalent zu moderner Verwaltungsschwerpunktbildung erfolgen kann.

Der Kreis tritt auch hier wieder zu einem gewissen Teil für eine vom Land initiierte Aufgabe als Ausfallbürge ein.

Darüberhinaus unterstützen wir den Mehraufwand des **Kreissportbundes** bei der Integrationsarbeit.

Weiteren Unterstützungsbegehren konnten wir leider nicht stattgeben, denn vor dem Hintergrund knapper Finanzmittelausstattung der ländlichen kommunalen Familie gilt für die CDU-Kreistagsfraktion der Grundsatz, freiwillige Leistungen nicht auszuweiten.

So sehen wir auch **Einsparpotential von einer halben Stelle** im Jobcenter.

Uneingeschränkt unseren Vorstellungen entspricht die diesjährige Zuordnung der Mittelzuführung in den **Kapitalstock** zur Entlastung künftiger Pensionsverpflichtungen mit 2 Mio € und zum **Schuldenabbau** mit 1 Mio €.

Angesichts faktisch nicht vorhandener Schuldzinsen bei gleichzeitig mehreren Prozent durchschnittlichem jährlichen Vermögenszuwachs in unseren Pensionsfonds wird damit sowohl den Wünschen der Bürgermeister als auch der Generationengerechtigkeit in besonderem Maße entsprochen.

Trotz aller Freude über unsere Punktlandung dürfen wir hier im Kreis **zwei Kosten- und Risikoblöcke nicht aus den Augen verlieren:**

Die zu erwartenden **deutlichen Kostensteigerungen zum** Inklusionsstärkungsgesetz, zum Bundesteilhabegesetz und den Pflegestärkungsgesetzen II und III, die über die Landschafts- und dann die Kreisumlage zu kommunalen Mehrbelastungen führen dürften

und

der zu erwartende **massive Anstieg der Flüchtlingsbedarfsgemeinschaften.**

Waren im Januar 2016 in 8266 Bedarfsgemeinschaften **378** flüchtlingsbedingte enthalten, geht die Prognose für Dezember 2017 von **2127** flüchtlingsbedingten Bedarfsgemeinschaften in dann insgesamt 9.900 Bedarfsgemeinschaften aus!

Eine Steigerung von 462% !!!

100 Bedarfsgemeinschaften kosten den Kreis 400.000 €. Faustregel.

Umso bedeutsamer sind die Zielrichtungen, die dem **Flüchtlingskonzept des Kreises** Leitbild sind.....: „**Fördern und Fordern**“

Wir, die CDU-Fraktion haben gerne an den dort enthaltenen Zielen und Definitionen mitgewirkt und für uns ist dieses Konzept nicht nur Bringschuld, sondern es formuliert ganz klar Erwartungshaltungen an diejenigen, die zu uns kommen und hier bleiben möchten. **Ohne deren Wille und eigene Anstrengungen zur Integration wird weder diese gelingen noch werden Staat und Gesellschaft die neben gesellschaftlichen Problemen hohen Unterhaltungs- und Beikosten dauerhaft tragen können.**

Gerade das Handwerk hier vor Ort bietet zunehmend Chancen, sich in Arbeitsmarkt und Gesellschaft zu integrieren.

Bürgerinnen und Bürger **einer Gesellschaft, die sich als international weit überproportional aufnahmewillig bewiesen haben**, dürfen jedoch auch erwarten, dass diejenigen ohne Bleiberecht tatsächlich das Land wieder verlassen.

Alleine in NRW werden von 60.000 ausreisepflichtigen Asylbewerbern 45.000 geduldet, das Gros davon im Sozialleistungsbezug.

Das kann und darf nicht länger so sein!

Wenn der Staat die Regeln des **Asylrechts** nicht gebraucht, man könnte auch sagen – mißbraucht – , müssen sich die Damen und Herren in den Staatskanzleien nicht wundern, wenn einem guten Teil der Bürger die Solidarität abhanden kommt...gelinde ausgedrückt...

In diesem Zusammenhang und gerade angesichts der politisch-medialen Entwicklung des letzten Zeitjahres darf und muss man die Fragen stellen:

- was verträgt eine Gesellschaft an fremdkultureller Zuwanderung?
- wo liegen die Grenzen der Akzeptanz?
- wo sind die Grenzen der dauerhaften finanziellen Tragfähigkeit?
-

Eine Gesellschaft, deren **Grundkonsens** bei wesentlichen Grundpfeilern zu zerbrechen droht, wird auf Dauer keinen Bestand haben..., wird sich entsolidarisieren, in Teilen radikalieren und ihren Glauben in unsere freiheitlich demokratische Grundordnung verlieren.

Daher ist es wichtig und oberste **Aufgabe nationaler Politik**, diesen Grundkonsens mit den richtigen Leitplanken realkonsensualen Verhaltens zu erhalten zwischen denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, die sich als sehr aufnahmefreudig erweisen und denjenigen, die ihr Leben ohne große Einschränkungen so weiterleben möchten wie bisher.

...Ohne ständig mit dem moralischen Zeigefinger zu drohen oder Schlimmerem....

.....

Meine Damen und Herren,

Überhaupt lebt es sich in NRW deutlich unsicherer als...nehmen wir zur Abwechslung mal wieder Bayern...

Die Kriminalstatistik des Bundes beweist, dass die Menschen in **NRW sechsmal so häufig Opfer eines Wohnungseinbruchs werden wie in Bayern!!!** NRW ist Schlusslicht bei der Inneren Sicherheit der Flächenländer!

Sehr interessant in diesem Zusammenhang eine ZDF-Reportage zum Wohnungseinbruchstourismus hier v.a. über Georgier (...die im übrigen dazu regelmäßig ihr Asylantragsrecht missbrauchen) vor wenigen Tagen im Fernsehen. Erschreckender noch als die zunehmende Einbruchshäufigkeit aber vor allem die Hilflosigkeit und Verzweiflung der Polizei!!!

Einer Polizei, der seitens der Politik die notwendigen Ermittlungsinstrumente wie ausreichende Telefondatenspeicherung vorenthalten werden oder die über lasche Justizurteile nur noch die Hände zusammenschlagen und frustriert nach langer Beweiszusammentragung den Gerichtssaal verlassen.

Abgezockte Zuwanderungsserientäter (denn **80% der Einbrecher sind Ausländer**, und 80% davon solche aus dem Ausland auf Einbruchstour hier...) schreckt man nicht mit Wattebällchen!!!

Hier ist Justiznachsicht Aufforderung zur Wiederholungstat!!!

In NRW mit seinen vielen no-go-areas in Duisburg, Dortmund und Co. wird Innenminister Jäger langsam wach.

Doch was tut er?

Von 500 zusätzlichen Polizeistellen landet kaum eine im ländlichen Raum und bei uns! Während die Polizeipräsidien im Zeitraum 2000-2016 1587 Stellen mehr (=6,8%) erhalten haben, waren es bei den **Kreispolizeibehörden 721 Stellen weniger (= -5,8%)!**

Die Entwicklung der **Einbruchsdiebstähle** im Laufe der Jahre 2014 und 2015:

NRW	+15,93%
Städte	+13,79%
Kreise	+20,22% !!!

Ich fordere den Innenminister auf, bei der inneren Sicherheit nicht mit zweierlei Maß zu messen. Auch unsere Bürgerinnen und Bürger haben ein Anrecht, sich in ihren eigenen Wänden sicher zu fühlen!

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, verehrter Herr Landrat,

zum Schluss möchte ich mein Augenmerk einem **sehr erfreulichen Kapitel** widmen.

Der Winter klopft zwar erst an die Tür, aber ich kann sie bereits riechen...die Frühlingsluft, den Duft des Aufbruchs...

Wenn es denn gelingen sollte, die über **50 Millionen € Fördergeld** von Bundes- und Landesmitteln in den Kreis Warendorf zu holen aufgrund unserer vor wenigen Wochen verabschiedeten **Breitband-Förderanträge**, wird auch der letzte Winkel und der vom Ortszentrum entfernteste landwirtschaftliche Agrarunternehmer über eine nennenswerte Breitbandgeschwindigkeit von zugesagten durchschnittlichen 50 Mbit/s in Bälde verfügen.

Sicher, es gab auch Bedenkenräger und den einen und anderen Hinweis, die privaten Ausbauunternehmen böten teilweise schnellere Lösungen und man solle sich doch die kommunale Cofinanzierung von 10 %, davon 5% Kreisanteil, sparen....

ABER: Die Privaten geben keine Ausbaugarantien!...schon gar nicht für die Außenbereiche...und keiner hat sich am öffentlichen Ausschreibungsverfahren beteiligt!

Daher, verehrter Herr Landrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, war es absolut richtig und notwendig, diese **riesen Entwicklungschance für unseren Kreis** am Haarschoff zu fassen und Nägel mit Köpfen zu machen!

Für diesen Willen, unseren Kreis und seine 13 Städten und Gemeinden gemeinsam nach vorne zu schieben, unseren ganz herzlichen Dank, vor allem Ihnen, lieber Herr Dr. Gericke, aber auch Ihnen allen, liebe Kreistagskolleginnen und -kollegen....

Und die Bedenkenräger werden sicher auch bald ihre Bedenken verlieren. Denn das eine tun, heißt nicht, das andere zu lassen.

Der flächendeckende Ausbau mit der **Vectoringtechnik kann nur eine Zwischenlösung auf dem Weg zur Glasfaser** bis zur Haustür sein..., aber er ist ein sehr wichtiger Schritt dorthin! Die bereits im Kreis Warendorf aktiven Ausbauunternehmen für Funktechnik im Aussenbereich und Glasfaserausbau in den Kernorten unterstützen wir auf allen Ebenen nach Kräften!

Wir wollen vorne sein!

Denn der **Kreis Warendorf nimmt mit 37% Industrieanteil den Spitzenplatz** im Bezirk der IHK Nordwestfalen ein und investiert mehr in Forschung und Entwicklung als die übrigen Münsterlandkreise. Auch bei der **Patentintensität** sind wir mit 105,9 Patenten je 100.000 Einwohnern **Spitze**. Der NRW-Schnitt liegt bei 79,7.

Damit das so bleibt, dürfen wir nicht verharren und der Dinge warten, die da auf uns zukommen. Wir müssen hier im Kreistag und mit einer schlagkräftigen Gesellschaft für Wirtschaftsförderung die Dinge vorantreiben.

Beim Thema **Breitbandausbau** sind wir jetzt weit vorne.

Denn sie ist die **Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Umsetzung der Digitalisierung**, des Internets der Dinge...besser bekannt unter dem **Schlagwort Industrie 4.0**

Deshalb begrüßen wir auch ausdrücklich den **neuen Digital-Hub in Münster**, an dem der Kreis Warendorf beteiligt ist, und der dieses Thema forciert und koordiniert vorantreiben soll!

Die zunehmenden Entwicklungschancen für unseren Kreis belegt auch die **Baulandpreisentwicklung**: Bei 14 Orten im Kreis sind die Preise gestiegen, bei keinem, auch nicht den am weitesten von Münster entfernten, sind sie gefallen (Glocke vom 12.04.2016).

Zur **Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren** steht die CDU-Fraktion voll hinter der personellen Verstärkung unseres Bauamts und der Verbesserung der Verfahrensabläufe. Ebenso wie hinter der **sukzessiven Verbesserung des ÖPNV** im Kreis.

Wir wollen unseren Kreis auf allen Ebenen stärken und **attraktiv für Neubürger machen**, denn bis 2030 sollen lt. IHK-Präsident Dr. Benedikt Hüffer 70.000 Fachkräfte in der Gesamtregion fehlen.

Dem wollen wir – soweit möglich – mit richtigen Rahmenbedingungen vorbeugen!

Verehrter Herr Landrat, verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

am 31.03.2016 verlautbarte die Süddeutsche Zeitung:

„Wirtschaft in NRW wächst nicht mehr“

NRW ist beim Wirtschaftswachstum auf den letzten Platz im Ländervergleich gerutscht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ohne die fleißigen Menschen in Westfalen und im Kreis Warendorf mit seinem steten Wirtschaftsausbau wäre der Landesschnitt noch unter 0%.

Lassen Sie uns auch gemeinsam in Zukunft zeigen, dass wir es hier besser können. Lassen Sie uns beim Ausbau der politischen Rahmenbedingungen immer an der Spitze stehen.

Die CDU-Fraktion trägt Haushalt und Stellenplan gerne mit.

Ich danke Ihnen.

Sehr geehrter Herr Landrat,

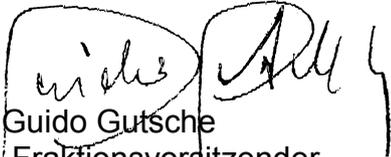
ich danke Ihnen und Ihrer Mannschaft, insbesondere, dem Kreiskämmerer, für die wie üblich hervorragende Begleitung der Haushaltsplanberatungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen aus den anderen Fraktionen, ich danke auch Ihnen für den Willen, den Haushalt 2017 sachgerecht und zielführend gemeinsam zu gestalten.

Und ich danke Euch,

liebe Freundinnen und Freunde meiner CDU-Fraktion für die vielen Stunden gemeinsamen Engagements und Euer Vertrauen.

Ich danke Euch....


Guido Gutsche
-Fraktionsvorsitzender-